

Frage 13: Welche Maßnahmen werden Sie setzen/unterstützen, um einen geordneten Diskurs unterschiedlicher Auffassungen im demokratischen Prozess zu fördern?

ÖVP

Wir setzen uns für eine aktive Bürgergesellschaft ein, die Verantwortung nicht abgibt, sondern wahrnimmt. Soziales Verantwortungsbewusstsein sowie Gestaltungs- und Veränderungsbereitschaft gehen Hand in Hand. Der zunehmend konfrontative und schärfer geführte gesellschaftliche Diskurs stellt eine Herausforderung für unsere Demokratie und das soziale Miteinander dar. Wir streben eine neue Gesprächskultur an, die Probleme und Themen offen und lösungsorientiert behandelt. Als gesellschaftlich breit aufgestellte Volkspartei wollen wir eine verlässliche Plattform für einen solchen Dialog bieten. Im Allgemeinen setzen wir uns für die Stärkung der geistigen Landesverteidigung ein. Dazu gehört für uns neben der Stärkung von Eigenverantwortung auch ein klares Bekenntnis zur Stärkung von Wissenschaftsfreundlichkeit, Diskurskultur und Medienbildung.

SPÖ

Die SPÖ steht für einen konstruktiven politischen Diskurs. So wurde etwa der SPÖ-Expert*innenrat ins Leben gerufen, dessen Ziel es ist, Zukunftskonzepte für alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche zu erarbeiten. Hunderte Expert*innen aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft erstellen dafür fachlich fundierte Konzepte. Die Themenpalette reicht von Klima, Energieversorgung und Wirtschaftsstandort über Bildung, Wissenschaft und Forschung bis zu Gesundheit, Internationales, Sicherheit, Arbeitsmarkt und Soziales. Die SPÖ stellt sich damit inhaltlich noch breiter auf und öffnet die Partei und den politischen Diskurs. Mehr dazu: www.spoe.at/mit-herz-und-hirn

FPÖ

Die FPÖ ist dafür bekannt, nicht untergriffig oder unsachlich zu diskutieren. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen, um zu zeigen, dass Debatten in Vertretungskörperschaften oder in Wahlauseinandersetzungen sachlich argumentierend geführt werden können, auch wenn es inhaltlich grundsätzlich andere Auffassungen gibt.

GRÜNE

Eine starke Zivilgesellschaft und Bürger*innen-Rechte sind zentral für die Verteidigung und Vertiefung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Wir sehen die Zivilgesellschaft auch als wesentliche innovative Kraft. Das Zurückdrängen rechtsextremer, menschenfeindlicher Ideologien ist immer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Menschenfeindliche Ideologien, wie Antisemitismus und Rassismus, haben in Österreich nichts verloren. Wir als Grüne stehen hinter evidenzbasierter Politik und tauschen uns laufend mit Expert*innen und Stakeholder*innen zu aktuellen Themen aus. Im vergangenen Jahr haben wir die Förderung für Qualitätsmedien umgesetzt. „Demokratiefeindliche“ Medien, die in der Vergangenheit wiederholt zu Hass oder Gewalt gegen eine Gruppe aufgestachelt haben oder wegen Verhetzung verurteilt worden sind, werden von diesen Förderungen ausdrücklich ausgeschlossen. Mit dem Paket gegen Hass im

Netz Paket wir dafür gesorgt, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist und so die Qualität des öffentlichen Diskurses gestärkt.

NEOS

Einerseits stehen NEOS für eine Stärkung der direkten Demokratie, aber auch für eine Stärkung des Parlamentarismus. Eine Verzahnung zwischen aktiver Zivilbevölkerung und parlamentarischen Prozessen stärkt nicht nur die Diskussionskultur, sondern auch das Vertrauen in die Demokratie selbst. Wie groß das Interesse der Zivilbevölkerung an demokratischen Prozessen ist, zeigen die Besucherzahlen im neu eröffneten Parlament. Darüber hinaus wollen wir auch, dass die Parteiakademien stärker gemeinsame und parteiübergreifende Schwerpunkte setzen.

KPÖ

Die KPÖ ist dafür bekannt, nicht untergriffig oder unsachlich zu diskutieren. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen, um zu zeigen, dass Debatten in Vertretungskörperschaften oder in Wahlauseinandersetzungen sachlich argumentierend geführt werden können, auch wenn es inhaltlich grundsätzlich andere Auffassungen gibt.